

## **Für eine territoriale elsässische Gemeinschaft**

### **Das Elsaß bei der Wiedereroberung einer institutionellen Autonomie**

**Das Elsaß muß von neuem einen eigenen institutionellen Rahmen besitzen. Diese Notwendigkeit wird kaum noch bestritten. Die Debatten gehen um die Merkmale der künftigen elsässischen Gebietskörperschaft und wie man dahin gelangt. Die Diskussionstagung in Schlettstadt am 2. September 2017 wurde von der „Initiative citoyenne Alsace“ organisiert. Sie war ein echter Erfolg und hat das erhöhte Maß der Sensibilisierung der Mandatsträger und der Öffentlichkeit in dieser Sache gezeigt. Die Debatten haben auch die möglichen Klippen gezeigt, um in der Verwirklichung dieses Zieles voranzukommen.**

Es wird sich nicht einfach darum handeln, die alte „Region“ Elsaß mit denselben Unzulänglichkeiten wie vorher wiederherzustellen. Es geht darum, voranzukommen und deshalb auf die Frage zu antworten: „Eine Gebietskörperschaft Elsaß, um was zu tun?“ Dieses Vorhaben soll nicht nur die Identität des Elsaß wiederherstellen, sondern zu mehr lokaler Demokratie führen, zu mehr Bewahren des elsässischen Lebensraumes, zu mehr wirtschaftlicher Dynamik, besserer Ausstattung der Bildung und Kommunikation.

Man sieht das ausweichende Verhalten bei gewissen Parlamentariern, die nicht sehr gewillt sind, sich ihren Pariser Gesprächspartnern entgegenzustellen: „Laßt uns nicht Paris verärgern...“ Jetzt muß begonnen werden, selbst wenn man weiß, daß der Erfolg Zeit braucht.

Die Debatten von Schlettstadt am 2. September 2017 schlagen die Vorgehensweise vor:

**Dieses Vorhaben kann nicht allein die Angelegenheit der Politiker sein:**

Wenn das Referendum von 2013 gescheitert ist, liegt das vor allem daran, daß die Bevölkerung nicht eingebunden war und nicht hinter der

Reform gestanden hat. Es muß daher mit einer umfassenden Mobilisierung und einer ausgedehnten Diskussion begonnen werden, um alle Elsässer einzubinden. Diese Mobilisierung kann nur durch die beiden Räte der Departements bewirkt werden und vor allem durch ihre beiden Präsidenten, die sich im übrigen überzeugt und motiviert gezeigt haben, die Sache voranzubringen. Es ist Aufgabe der Räte der Departements, die Information weiträumig zu verbreiten, öffentliche Diskussionen zu organisieren, Expertengruppen einzuberufen und sie schließlich zusammenzufassen. So schlägt Jo Spiegel vor, eine „Konsens-Konferenz“ auf regionaler Ebene zu gründen, mit den Bürgern, den Experten, den Abgeordneten aus allen Lagern, um zu einer richtigen Entscheidung zu kommen.

**Es muß gezeigt werden, daß die öffentliche elsässische Meinung entschieden hat,** sich einen institutionellen Rahmen in der Form einer eigenen Rechtskörperschaft wieder zurückzuholen. Symbolische Aktionen können von nun an veranlasst werden: die Schaffung eines „Elsässischen Rates“ in der Form einer Vereinigung, der aus den bestehenden Gebietskörperschaften (Gemeinden, Departements usw.) gebildet wird. Es soll sich dabei um die echte Vorwegnahme handeln, die symbolisch ist für die künftige territoriale Organisation und den Rahmen einer gemeinsamen Aktion, den Start eines „Marche pour l'Alsace“ (Marsch für das Elsaß), der unser Land vom Süden bis zum Norden durchquert, mit der Unterstützung der Gemeinden und aller mit dem Elsaß verbundenen Organisationen, von regelmäßigen großen Versammlungen auf Initiative der Gemeinden, die entschlossen sind, die Bewegung zu unterstützen.

**Die elsässischen Gebietskörperschaften müssen das Beispiel geben** einer Mobilisation für das Elsaß. Sie haben die Charta für die regionale Sprache und Kultur unterzeichnet, aber insgesamt tun sie fast nichts. Sie sollen sich verpflichten wenigstens 1 % ihres Budgets zu der Wiederherstellung des Elsaß zu verwenden: Förderung seiner Sprache, seiner Kultur, Aktionen, um eine eigene elsässische territoriale Körperschaft zurückzufordern.

Das Elsaß wiederherzustellen, das heißt, ein **Gleichgewicht der territorialen Bestandteile** sowie eine demokratische Wiederbelebung herzustellen und nicht alles auf der regionalen Ebene zu konzentrieren oder schlimmer in der Agglomeration von Straßburg. Das Referendum ist gescheitert ist, weil es als eine Aktion der Konzentration wahrgenommen worden ist. Die neue Region muß auf dezentralisierte Weise – besser in föderativer Gestalt - in einem Ganzen von Entwicklungszentren oder Kreisen gebildet werden. Diese sollen den Lebensräumen entsprechen: Zehn Gebiete übernehmen Kompetenzen der Departements, der Region, des Staats und der interkommunalen Zweckverbände. Man muß von jetzt an beginnen, diese Landkarte zu entwerfen und die wünschenswerte Aufteilung der Kompetenzen zwischen den Kreisen und der Region abzugrenzen.

Wenn man glaubwürdig sein will, **muß man nun die allgemeinen Ideen konkretisieren**, die man hinsichtlich der Kompetenzübertragung entwickelt. Man muß also von nun an präzise Vorschläge und konkrete Texte vorbereiten, die schnell die Form von Gesetzesvorschlägen annehmen können. Nur die gemeinsame Unterschrift unter einem präzisen Text wird das wirkliche Engagement unserer Repräsentanten zeigen. Diese Texte müssen von nun an im Rahmen der offenen Expertengruppen in Bearbeitung sein. Ein Modell kann das Statut von Korsika als einer territorialen Gemeinschaft mit Sonderstatut sein.

Es handelt sich darum, eine ähnliche territoriale elsässische Gemeinschaft mit einem Sonderstatut zu schaffen. Sie sollte mit Mitteln ausgestattet werden, die erlauben, echte Politik einvernehmlich auf der Ebene des Oberrheins zu betreiben. Sie sollte unserem „Land“ eine wirkliche Dynamik in allen uns betreffenden Bereichen zurückgeben. (Wir sollten aufhören, in abstrakter Form von Gebiet zu sprechen und den Begriff „Land“ übernehmen.)

In dieser Beziehung muß es klar sein: die von uns benötigten Kompetenzen sind nicht hauptsächlich die von der Region Grand Est abhängigen, sondern die die vom Staat abhängigen. Wir müssen die regionalen Kompetenzen zurückholen, aber vor allem benötigen wir die Handlungsfelder, die der Staat uns zugestehen muß: Unterricht und

Bildung, große regionale Einrichtungen, Gesetzgebungskompetenz, die Befähigung, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wiederzubeleben, die öffentlichen Medien, Planung des Gesundheitswesens.

Diese Kompetenzen benötigen eine neue demokratische und wirkungsvolle Organisation: einen Landtag aus Repräsentanten zur Hälfte aus direkt gewählten Abgeordneten und zur Hälfte über Listen gewählte Abgeordnete, eine Vertretung der Teilgebiete, zusammengesetzt aus Repräsentanten der zehn Zentren oder „Kreise“, eine Regierung mit einem Präsidenten, der in allgemeiner Wahl direkt gewählt wird, ein Rechnungsprüfungsamt, das die öffentlichen Ausgaben der regionalen Gemeinschaften überwacht.

Wir sind offensichtlich noch sehr weit davon entfernt. Aber man erreicht nirgends etwas, wenn man nicht weiß, wohin man will.

JEAN-MARIE WOEHLING; Präsident der René Schickele-Gesellschaft

LAND un Sproch Nr. 203, September 2017, Straßburg

Aus dem Französischen von Otto Hornschu  
mit Unterstützung des Verfassers